Bürgerenergie lädt ein zu Info-Treffen

Auf Dienstag, 6. Februar, ins Bürgerzentrum Pfahlbronn

Alfdorf.
Zu einer Informationsveranstaltung lädt die Bürgerenergie Schwäbischer Wald eG (in Gründung) auf Dienstag, 6. Februar, ab 19.30 ins Bürgerzentrum Alfdorf-Pfahlbronn ein. Die aus einem ehrenamtlichen Engagement entstandene Bürgerenergie ist mit den Kommunen Welzheim und Alfdorf miteinander auf dem Weg, die Energiewende mit PV und Windkraft voranzutreiben. Das Spannende daran ist, dass durch die Genossenschaftsgründung nicht nur die Grundstückseigentümer und Unternehmen, sondern auch die Bevölkerung durch Beteiligungsformen partizipieren könnte. Während in anderen Städten und Gemeinden um die Vorranggebiete für Windkraft teilweise hart gerungen und diskutiert wird, besteht in Alfdorf und Welzheim eine breite Allianz von Bürgerschaft, Grundstückseigentümern und Gemeinderat, um Windkraft zu unterstützen. Allerdings wäre es notwendig, dass die komplette Fläche, die für einen Windpark nötig wäre, vom Verband Region Stuttgart als Vorranggebiet ausgewiesen würde, gibt die Bürgerenergiegenossenschaft zu bedenken.

Zu dem Abend haben sich auch bereits die Stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschland und Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp, Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP) und Landtagsabgeordneter Ralf Nentwich (Grüne) angemeldet. Der Alfdorfer Bürgermeister Ronald Krötz wird als Schirmherr ein Grußwort sprechen, bevor die Bürgerenergie sich als neu gegründete Genossenschaft mit Vorständen, Aufsichtsräten und Projektpartnern vorstellen wird und auch ein Update zu den Dach- und Freiland-PV sowie zur Planung des Windparks geben wird. Es wird auch detailliert darüber informiert, wie die Bevölkerung Mitglied in der Genossenschaft werden und sich somit finanziell an den Parks und Anlagen beteiligen kann. Wer sich vorab informieren möchte, kann das unter www.buergerenergie-schwaebischerwald.de tun.

Kompakt

Sonntagscafé im Gemeindehaus

Kaisersbach.
Der Bibelkreis lädt ein zum Sonntagscafé am 4. Februar von 14.30 bis 16.30 Uhr an hübsch gedeckten Tischen mit selbst gebackenen Kuchen mit netten Leuten im evangelischen Gemeindehaus, Brunnenstraße 15. Ein freiwilliger Unkostenbeitrag wird erbeten. Gutscheine von der evangelischen Kirchengemeinde können gern eingelöst werden.

„Demokratie ist kein Selbstläufer“

Alfdorfer Bürgermeister Ronald Krötz kandidiert für den Kreistag / Wahl ist am 9. Juni 2024

Von unserem Redaktionsmitglied
Jörg Hinderberger

Ronald Krötz, der Alfdorfer Bürgermeister, kandidiert für den Kreistag als CDU-Kandidat. Foto: Markus Metzger

Alfdorf.
„Ich kandidiere für den Kreistag, um da zu sein, wo wichtige Entscheidungen für unsere Bürgerschaft und Kommunen getroffen werden.“ Der Alfdorfer Bürgermeister Ronald Krötz gibt seine Kandidatur für die Kreistagswahl am 9. Juni 2024 bekannt.

„Ich habe mich entschieden, bei der Kreistagswahl zu kandidieren. Ich möchte da sein, wo wichtige Entscheidungen für die Menschen in Alfdorf, den Welzheimer Wald und das Wieslauftal getroffen werden. Gerade in unseren ländlich geprägten Kommunen ist die Lebenswirklichkeit eine ganz andere als in den urban geprägten Bereichen im Rems-Murr-Kreis. Als Bürgermeister der zweitgrößten Flächengemeinde im Rems-Murr-Kreis mit ihren vielen Teilorten, weiten Entfernungen und weit verbreiteter Infrastruktur in Alfdorf weiß ich, wovon ich spreche“, erklärt Krötz.

Beispielsweise müsse der ÖPNV weiter verbessert und attraktiver werden. Dabei sei klar, dass man in den kleineren Teilorten keinen 30-Minuten-Takt erreichen kann, da dies nicht finanzierbar sei. „Aber es braucht lokal individuelle Ergänzungsangebote, wie es mit dem On-Demand-Verkehr angedacht war, aber bislang nicht umgesetzt werden konnte. Beim Breitbandausbau hat sich dank des Zweckverbands Breitbandausbau Rems-Murr viel getan, aber wir sind erst am Ziel, wenn alle Zugriff auf schnelles Internet haben. Alle wollen Gaststätten erhalten und sind traurig, wenn schon wieder ein Lokal schließt. Ein wichtiger Faktor, um unsere Gastronomie, aber auch unsere Direktvermarkter, Hofläden, Bäcker, Café und Metzger zu stärken, ist ein solides touristisches Angebot, denn das zieht weitere Kunden an“, äußert sich der Alfdorfer Schultes zu seiner Kandidatur für den Kreistag.

Ronald Krötz wurde bei einer Nominierungsveranstaltung der CDU-Ortsverbände für den Wahlkreis 10 auf Listenplatz Nr. 1 gewählt und führt gemeinsam mit Dr. Peter Engel aus Welzheim und der selbstständigen Hörakustik-Meisterin Alexandra Stiltz aus Rudersberg die Kandidatenliste an. Bei der Nominierungsveranstaltung wurden auf den weiteren Plätzen 4-9 gewählt: Lars Starke, Erika Müller, Robert Schuler, Niko Pitoulis, Robin Wenz und Kai Bäuerle. Ersatzkandidaten sind: Dieter Hinderer, Alexander Schurr und Michael Staudinger.

Welche weiteren Aufgaben sind Ihnen, Herr Krötz, wichtig, um diese im Kreistag angehen zu können?

„Mit dem Schwäbischen Wald Tourismus hat der Landkreis einen guten Weg eingeschlagen, den es weiter zu unterstützen und zu stärken gilt. Eine weitere große Herausforderung ist der zunehmende Ärztemangel und Pflegebedarf, den wir auf dem Land als Erstes spüren. Wir brauchen für die Gesundheitsversorgung pragmatische, bezahlbare und menschenorientierte Lösungen. Diese und weitere Themen möchte ich im Kreistag zum Wohle der Menschen voranbringen. Mir ist es jedoch als Bürgermeister ebenso wichtig, die Finanzkraft der Kommunen im Blick zu haben, daher benötigen wir weiterhin eine gerechte Kreisumlage.

Warum haben Sie sich für die Liste der CDU entschieden?

„Ich habe mich bewusst für die CDU entschieden, da ich persönlich überzeugt bin, dass die CDU die richtigen Antworten für unser Land und den Bund hat. Natürlich möchte ich auch mein Wissen und meine Erfahrung einbringen. Außerdem hilft ein gutes Netzwerk, damit die Interessen der Bevölkerung und der Kommunen aus dem ländlichen Raum gehört und berücksichtigt werden.“

Wird die Kandidatur für den Kreistag Auswirkungen auf das Amt des Bürgermeisters haben?

„Nein. Wichtig ist mir, zu betonen, dass ich mich selbstverständlich auf kommunaler Ebene weiterhin überparteilich verhalten werde. Der Alfdorfer Gemeinderat arbeitet im Übrigen fraktions- und listenübergreifend stets am Thema orientiert zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürger zusammen. Das schätze ich sehr. Parteipolitische Interessen haben dort keinen Platz und das wird auch so bleiben. Mein ehrenamtliches parteipolitisches Engagement beginnt auf Kreisebene. Im Geschehen des CDU-Ortsverbands werde ich mich daher auch nicht einbringen.“

Welchen Einfluss haben die aktuellen Krisen auf die Entscheidung, für den Kreistag zu kandidieren?

„Seit meinem Amtsantritt als Bürgermeister der wunderbaren Gemeinde Alfdorf im April 2020 befinden wir uns in Deutschland im Dauerkrisenmodus. Zunächst hielt uns die Corona-Pandemie in Atem, dann folgte der schreckliche Angriffskrieg auf die Ukraine, der bis heute andauert. Daraus resultierte die zweite große Flüchtlingswelle seit 2015/2016, die auch uns in Alfdorf herausfordert, die wir aber bislang mit einem tollen Miteinander von Verwaltung, Bürgerschaft und Ehrenamt gemeistert haben. Die abscheulichen Angriffe der Terroristenorganisation Hamas auf Israel haben uns alle schockiert. Ebenso schockierend empfinde ich die israelfeindlichen und antisemitischen Bekundungen in Deutschland. Die zunehmenden Stimmengewinne von rechtspopulistischen Parteien bei den jüngsten Umfragen und den Landtagswahlen in Hessen und Bayern sowie die Umfragewerte sind für uns alle ein Alarmzeichen. Parteien aus der bürgerlichen Mitte müssen meines Erachtens dringend unterstützt und deren Rücken aktiv gestärkt werden.“

Wie kann man die Demokratie verteidigen?

„Unsere deutsche Vergangenheit sollte Warnung genug sein. Unsere demokratischen Grundwerte müssen stets verteidigt werden, Demokratie ist kein Selbstläufer. Demokratie kann zuweilen anstrengend sein und Demokratie bedarf regelmäßig politischer Kompromisse, um tragfähige Mehrheiten zu finden. Aber Demokratie ist durch nichts ersetzbar. Demokratie braucht Menschen, die sich politisch engagieren. Daher habe ich mich entschieden, zu meinem Amt als Bürgermeister mich künftig ehrenamtlich in der CDU zu engagieren.“

Wie kann man die demokratischen Parteien stärken?

„Mir persönlich ist es wichtig, die bürgerliche Mitte zu stärken. Ich möchte mich in Zeiten, in denen die politischen Ränder nach links, aber besonders erschreckend nach rechts immer mehr an Zuwachs gewinnen, bewusst parteipolitisch engagieren und ein öffentliches Ja zu einer demokratischen Partei bekennen. Ich möchte dabei mithelfen, dass die CDU eine Erneuerung erlebt, dabei neue Wege geht, aber sich ebenso auf die Werte und Stärken bekennt, die sie einmal groß gemacht haben. Vor allem gilt es, Familien zu stärken.“

„Treten Hass und Hetze entgegen“: Stadt positioniert sich

Welzheimer Gemeinderat beschließt in seiner jüngsten Sitzung eine Erklärung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte, auch, um ein aktives Zeichen zu setzen

Welzheim (pm/nz).
Es war ein wichtiges, ein grundsätzliches Votum, das der Welzheimer Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig gefasst hat, und die Bürgervertreter wie auch die Zuhörer im Publikum hatten sich dafür sogar eigens erhoben: Der Welzheimer Gemeinderat beschloss eine Erklärung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte.

Nicht zur Tagesordnung übergehen

Die Beschlüsse des Gemeinderats drehten sich „richtigerweise um die Themen und Fragen, auf die wir vor Ort einen Einfluss haben, die unsere städtische Gemeinschaft prägen“, sagte Bürgermeister Thomas Bernlöhr einleitend. Doch er hielt fest: „Wir sind aber nicht abgeschnitten von den bundesweiten gesellschaftlichen Entwicklungen und Phänomenen und den großen Debatten der sogenannten Medienöffentlichkeit.“ Thomas Bernlöhr weiter: „Rechtsradikale und unsere Demokratie ablehnende Kräfte versuchen, die Grundlage eines funktionierenden Staatswesens systematisch zu untergraben und zu schwächen.“ Vor diesem Hintergrund sei es der Stadt Welzheim und deren Hauptorgan ein Anliegen, nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern ein aktives Zeichen zu setzen. Man stehe damit nicht allein, sondern „wir schließen uns aktiv einem breit getragenen Bündnis an, das sich in den letzten Tagen gebildet hat. Es heißt Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“, erklärte der Welzheimer Bürgermeister. Es gründe auf einer Erklärung, die man vortragen und beschließen wolle.

Breites Bündnis von Demokraten

In der gemeinsamen Erklärung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte heißt es: „Wir bekennen uns zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und ihren wesentlichen Elementen: die Menschenwürde, das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip und das Sozialstaatsprinzip. Diese Werte einen uns als breites Bündnis von Demokratinnen und Demokraten. Demokratie- und menschenfeindliche Haltungen sowie extremistische Einstellungen lehnen wir entschieden ab.“

Überparteiliches Bündnis

Das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte ist ein breites zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis aus Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbänden, Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie staatlichen Institutionen, Vereinen und Parteien in Baden-Württemberg, heißt es in der Erklärung weiter.

„Seit der öffentlichkeitswirksamen Aufdeckung von Plänen rechtsradikaler Kreise, systematisch Millionen von Menschen aus Deutschland zu vertreiben, rollt eine Welle der Empörung und Angst durch das Land. Die Veröffentlichungen des Recherchenetzwerks „Correctiv“ haben für alle sichtbar gemacht, dass rechtsextremistische und menschenfeindliche Bestrebungen eine Bedrohung für die Menschen in unserem Land, unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.“

Gegen jegliche Form von Extremismus

Wofür steht das Bündnis? „Um unsere Demokratie und die in unserer Verfassung garantierten Menschenrechte zu verteidigen, braucht es jetzt ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten. Indem wir als demokratische Mehrheit unsere Kräfte bündeln, stellen wir uns gemeinsam gegen jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit und verteidigen die Grundwerte unserer Demokratie. In einem Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten in Baden-Württemberg erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen Verfassungsfeinde.“

Gemeinsam als Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Initiativen, Unternehmen, Parteien sowie lokale Initiativen und Vereinigungen schmiede man landesweit und auch vor Ort breite demokratische Bündnisse und stehe auf gegen Rechtsextremismus, heißt es in der Erklärung weiter.

Friedliches Miteinander aller Menschen

Man stehe an der Seite der vielen Menschen, die sich von Rechtsextremen bedroht fühlten, so der Text. „Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies und friedliches Miteinander aller Menschen in Baden-Württemberg ein, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität und weiteren Merkmalen.“

Für die Demokratie engagieren

Der Welzheimer Gemeinderat in einer Sitzung. Archivfoto: Hinderberger

Man sehe sich darin bestärkt, Menschen jeglichen Alters im direkten Umfeld und Einflussbereich zu motivieren und zu aktivieren, sich für die Demokratie zu engagieren, und schaffe für diese Menschen aktiv Räume, Möglichkeiten und Bildungsangebote, um sich und ihre Anliegen einzubringen und die Gesellschaft mitzugestalten, fährt die Erklärung fort.

„Wir zeigen Haltung im Alltag“

Und: „Wir zeigen Haltung im Alltag. Ob beim Elternabend, am Arbeitsplatz, im Sportverein oder beim Stammtisch, wir treten Hass und Hetze entgegen. Wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht, weichen wir nicht, wir stellen uns jeder Diskussion und jeder Auseinandersetzung“, so heißt es im abschließenden Wortlaut der Erklärung.

Die Initiative, die gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte als Thema in den Welzheimer Gemeinderat zu bringen, ging von Bürgermeister Thomas Bernlöhr aus, so der städtische Pressesprecher Uwe Lehar. Bernlöhr gehört dem Landesvorstand des Gemeindetags an. Es handele sich um eine Anregung des Gemeindetags, der sich positioniert habe und die Kommunen entsprechend informiert habe, so Uwe Lehar. „Welzheim hat das aufgegriffen.“